Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Landtagsgruppe

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg
Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: info@ssw-sh.de

Presseinformation

Kiel, den 25.05.2004
Es gilt das gesprochene Wort

Anke Spoorendonk

TOP 34 Schleswig-Holstein im Bologna-Prozess

Drs. 15/3357

Wie dem Bericht zu entnehmen ist, läuft die Umsetzung des Bologna-Prozesses seit 1999 in Schleswig-Holstein auf vollen Touren. Bisher wurden 46 dieser Studiengänge gemeldet, der Anteil der Studierenden betrug 2002 5,7 %, und ab dem Wintersemester 2004/2005 wird diese Zahle weiter wachsen. Soll heißen, dass die Entwicklung in Schleswig-Holstein damit weit über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Es gibt zwar weiterhin Unterschiede in der Umsetzung. Nicht alle Hochschulen sind gleich eifrig. Es geht aber kein Weg daran vorbei, dass alle einzubinden sind in diesen Prozess. Und zwar aus Rücksicht auf die Studierenden und ihre Mobilität innerhalb Schleswig-Holsteins, innerhalb Deutschlands und Europas. Studierende müssen die Möglichkeit haben, mit ihrem BA aus z.B. Flensburg auch in Kiel, München, Bologna oder Kopenhagen weiterstudieren zu können.

Noch ein anderer wichtiger Punkt ist bei der weiteren Umsetzung zu berücksichtigen. Mit der großen Aufgabe für die BA/MA-Studiengänge zu werben, dürfen die Universitäten nicht allein gelassen werden. Das Verständnis für diese Abschlüsse in der Wirtschaft aber auch der Gesellschaft allgemein muss gefördert werden. Die Umstellung an sich kostet die Universitäten schon Kraft und auch Mittel. Wir dürfen also nicht am falschen Ende sparen, um dann festzustellen, dass die Einführung von BA/MA-Studiengängen zu guter letzt nur an schlechter Öffentlichkeitsarbeit scheitern könnte.

LANDTAGSGRUPPE

Denn was hilft es den Studierenden, wenn sie ein maßgeschneidertes Studium erhalten, mit dem sie dann später nichts auf dem Arbeitsmarkt werden können. Mir wurde von einigen „Pionieren“ mit einem BA-Abschluss berichtet, wie schwer es ihnen gefallen ist, auf Grund mangelnden Bekanntheitsgrads ihres Studiums und des Abschlusses überhaupt eine Stellung zu bekommen. Der Begriff „breit gefächertes Studium“ erhält dann einen leicht bitteren Beigeschmack.

Die Einführung des European Credit Transfer Systems (ECTS) findet fest verschnürt mit der Einführung des BA/MA-Systems statt. Interessant wäre zu erfahren, wie es bisher mit diesem System gelaufen ist und welche Entwicklung es auf diesem Gebiet gibt. Während der Modellversuchsphase mit wenigen BA/MA-Studiengängen gab es ja häufig ein großes Hin- und Herrechnen zwischen dem neuen und dem alten Bewertungssystem, wenn z.B. ein Studierender die Studienrichtung wechseln wollte. Die Frage ist hier also, ob die „Kinderkrankheiten“ auf diesem Gebiet mit der breiten Einführung des ECTS ausgestanden sind.

Ein weiterer Aspekt im Bericht, der Fragen aufwirft, ist die Akkreditierung von BA/MA-Studiengängen. Wir begrüßen vor diesem Hintergrund, dass ab WS 2005/2006 Studiengänge erst an den Start gehen können, wenn sie akkreditiert worden sind. In der Vergangenheit hat es ab und zu Schwierigkeiten gegeben, wenn Studierende bereits ein Modul absolviert hatten, bei dem es sich dann herausstellte, dass es noch gar nicht akkreditiert war. Solche Diskrepanzen gehen dann meist auf Kosten der Studierenden, und das kann und darf nicht sein.

Ein letzter Punkt, den ich hier ansprechen möchte, ist die Förderung der Mobilität von Lehrenden und Studierenden. Als finanzielle Förderungsmöglichkeiten werden hier unter anderem das BAföG und europäische Förderprogramme wie SOKRATES/ERASMUS genannt. Für viele Studierende sieht die Wirklichkeit aber immer noch so aus, dass sie sich einen Auslandsaufenthalt gar nicht leisten können. Mit anderen Worten: auch hier gilt weiterhin, dass die Rahmenbedingungen verändert werden müssen. Künftig wird en Auslandsaufenthalt an einer Universität bei Bewerbungen von jungen Akademikern und Akademikerinnen eine immer größere Rolle spielen. Es kann daher nicht angehen, dass wieder mal das Portemonnaie der Eltern entscheidend ist. An dieser Stelle besteht in Deutschland auch mit Blick auf den Bolognaprozess immer noch die Gefahr einer sozialen Schieflage, und diese gilt es zu vermeiden.

LANDTAGSGRUPPE